

19. V. 1919

## Das Ergebnis der Wahlen in Steiermark. Bürgerliche Mehrheit im Landtage und im Grazer Gemeinderate.

Wien, 12. Mai.

Die Wahlen für den steiermärkischen Landtag und für den Grazer Gemeinderat haben in diesen beiden Körperschaften den bürgerlichen Parteien die Mehrheit gebracht. Wie in Wien und Niederösterreich zeigte sich auch gestern in Steiermark ein bedeutender Rückgang der Stimmen. Die Beteiligung bei den Wahlen für die Nationalversammlung ging in einzelnen steirischen Gebietsteilen bis zu 90 Prozent. Gestern ist sie auf 50 bis 70 Prozent geschätzt worden. Vom Rückgange sind insbesondere die Sozialdemokraten betroffen, die an das Ergebnis der Wahlen große Hoffnungen geknüpft hatten. Sie haben von den 70 Mandaten des Landtages 25 erhalten, und es werden ihnen 35 Christlichsoziale, 8 Bauernbündler und 2 Deutschdemokraten gegenüberstehen. Die bürgerliche Mehrheit umfaßt mithin 45 Stimmen. Im Grazer Gemeinderat, der 48 Mitglieder zählt, wird die bürgerliche Mehrheit über 28 Stimmen verfügen. Den Sozialdemokraten sind 20 Sitze, der nationalmittlerständischen christlichsozialen Bürgerpartei, deren Listenzführer Apotheker Fija nun wieder zum Bürgermeister gewählt werden wird, 24, der Partei der Angestellten drei Sitze und der Partei der freien Republikaner ein Sitz zugefallen.

Dieses Ergebnis ist erreicht worden, obwohl die bürgerlichen Parteien diesmal unter ungünstigeren Bedingungen als bei der Nationalversammlung in den Wahlkampf eintraten, da weder für den Landtag noch für den Gemeinderat die Listenkoppelung zugelassen war. Die Listen des Wahlkreises Graz und Umgebung liegen noch nicht vor. Im Wahlkreis Obersteier sind die sozialdemokratischen Stimmen von 72.437 bei der Wahl in die Nationalversammlung auf 64.142, also rund um 8000 Stimmen, gesunken. Die Christlichsozialen verzeichnen in diesem Bezirk einen Gewinn von 1200 Stimmen. In Mittel- und Untersteier sind die sozialdemokratischen Stimmen von 19.635 auf 17.092, also rund um 2500 Stimmen, gesunken. In diesem Kreise haben auch die Christlichsozialen einen Rückgang von 5400 Stimmen, der teilweise der Bauernpartei zugute gekommen ist. In Oststeiermark beträgt der Rückgang der Sozialdemokraten 4700 Stimmen. Sie hatten bei der Wahl in die Nationalversammlung 11.275 Stimmen, gestern 6500 Stimmen erhalten. Das Wahlergebnis verdient auch deshalb Beachtung, weil Steiermark nach Niederösterreich das industriereichste Land Deutschösterreichs ist. Es hat neben seinem bedeutendsten Bergbau- und Hüttenwesen eine hochentwickelte Eisen- und Stahlindustrie, weiter Holz-, Leder-, Glas- und Papierfabriken, Brauereien und chemische Industrien, die alle eine sehr große Zahl von Arbeitern beschäftigen. Der Erfolg der bürgerlichen Parteien in Steiermark ist heute in parlamentarischen Kreisen sehr bemerkt worden.

Graz, 12. Mai.

Nach dem in den Abendstunden beendeten Ermittlungsverfahren über die Wahlen für den Grazer Gemeinderat erhielten die mittelständische christlichsoziale Bürgerpartei 23, die Sozialdemokraten 20, die Partei der Angestellten und Verbraucher 3 und die deutschvölkische Einigungspartei 1 Mandat. Ein Mandat ist noch nicht entschieden, da die Stimmen außerhalb Graz weiltender Volkwehrlinien und der Studentenwehr noch nicht vorliegen.

### Meinungsverschiedenheiten in der christlichsozialen Partei.

In parlamentarischen Kreisen waren heute Gerüchte verbreitet über Differenzen in der christlichsozialen Vereinigung, die zum Rücktritt des Präsidenten Hausner von der Stelle des Obmannes der Partei führen sollen. Diese Gerüchte sind zurückzuführen auf Meinungsverschiedenheiten, die anlässlich der Verhandlungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Betriebsräten, zwischen den landwirtschaftlichen und den städtischen Mitgliedern der Partei ausgebrochen sind. Diese Meinungsverschiedenheiten sind infolge des im Sozialisierungsausschusse zustande gekommenen Kompromisses wieder beigelegt. Die Haltung der Christlichsozialen zu den Friedensverhandlungen ist dabei nicht in Frage gekommen, da die Ansichten darüber in der Partei nicht geteilt waren. Die Gerüchte über die Rücktrittsabsichten des Präsidenten Hausner von der Obmannstelle beruhen auf dessen in der letzten Zeit wiederholt gemachten Äußerungen. Er möchte im Falle eines der Partei günstigen Ergebnisses der oberösterreichischen Landtagswahlen die Stelle des Landeshauptmannes übernehmen und sich von dem beschwerlichen Amte eines Parteiobermannes, das seine ständige Anwesenheit in Wien erfordert, zurückziehen.

### Dr. Lodgman über die Friedensverhandlungen in Saint-Germain.

Landeshauptmann Dr. Lodgman verabschiedete sich heute mittag vor seiner Abreise zu den Friedensverhandlungen in Saint-Germain von der Beamtenschaft der deutschböhmisches Landesregierung in Wien und richtete an sie folgende Ansprache:

„Vor meiner Abreise empfinde ich das Bedürfnis, Sie, meine Herren, die Sie meine unmittelbaren Mitarbeiter in dieser letzten

Zeit gewesen sind, um mich zu versammeln, um an Sie einige Worte des Abschiedes zu richten. Die Bedingungen, welche Deutschland zugedacht worden sind, übersteigen alle trübten Erwartungen. Auch Deutschböhmens Selbstbestimmung soll dem rasenden Wahnsinn zum Opfer fallen. Deutschböhmen soll in einen Staat hineingepreßt werden, der sich „czecho-slowakisch“ nennt, aber dreieinhalb Millionen Deutsche beansprucht. Nach dem in den Zeitungen veröffentlichten Wortlaute des Friedensvorschlages kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sudetenländischen Gebiete einen Bestandteil der czechischen Republik bilden sollen, und daß nur noch über die Bedingungen des Eintrittes verhandelt werden soll. Nach dem Artikel 86 hat die czechische Republik die Verpflichtung zu übernehmen, jene Bestimmungen anzuerkennen, welche die Alliierten im Interesse jener Bewohner treffen werden, die sich untereinander durch Sprache, Rasse und Religion unterscheiden. Bei Festsetzung dieser Bestimmungen werden die Alliierten, wenn der Artikel 86 überhaupt einen Zweck haben soll, jedenfalls genötigt sein, die Äußerungen von Personen zu hören, die mit den Verhältnissen im Lande vertraut sind, da man von der Entente die Kenntnis der Verhältnisse im einzelnen nicht erwarten darf. Hier soll also die Arbeit der nach Frankreich reisenden Unterhändler und Politiker einsetzen, die berufen sein werden, den Alliierten, die sich ja die Festlegung der betreffenden Bestimmungen vorbehalten haben, mit Rat zur Seite zu stehen. Inwiefern sie diese Aufgabe erfüllen können, bleibt ungewiß, ihre Anwesenheit wäre aber auf jeden Fall gegenstandslos, wenn etwa nur die czechischen Vertreter so wie bisher gehört würden. Daß der czechische Staat ein Staat innerer Kämpfe sein würde, das muß die Entente heute genau wissen. Daher ist es die letzte Weisheit, die noch erübrigt, die fremden Völker in ihm zu berücksichtigen, denn sie sind zu stark, um sich widerspruchslos zu fügen.

Auch Deutschböhmens Schicksal beruht in letzter Linie auf der Widerstandskraft und dem Willen der Bevölkerung, seine Eigenart zu wahren. Beide sind vorhanden, mit beiden muß daher gerechnet werden.

Durch diese Grundsätze bestimmt sich auch das Verhältnis der für das Schicksal des Landes verantwortlichen Personen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Flagge der Selbstbestimmung, welche Wilsons Händen offenbar entglitten ist, aufzunehmen und vor den Völkern Europas neuerlich zu entrollen, wobei wir uns keiner Täuschung darüber hingeben wollen, daß auch dieser Friede, wie seine Vorgänger, nicht auf Gerechtigkeit und Verständigung, sondern auf denjenigen Bedingungen aufgebaut werden soll, welche die siegreichen Mächte für gut und für sie scheinbar vorteilhaft befinden. Dabei ist besonders Deutschböhmens Schicksal ganz eigenartig, denn es wird nach den vorliegenden Meldungen als Schachfigur im Spiele der Weltgeschichte behandelt und kommt nicht unter die Aufsicht des Völkerbundes, sondern wird einer Nation überantwortet, die sich an dem alten Oesterreich mit Hilfe deutscher Kultur und Arbeitskraft und jetzt an den siegreichen großen Mächten emporgearbeitet hat. Der von ihr ins Leben gerufene Staat weist alle Merkmale des alten Oesterreich auf. Das Hervorstechendste aber ist, daß auch Neuesterreich nicht auf dem freien Entschlusse seiner Bewohner fußen, sondern eine übernationale Zwangsgemeinschaft werden solle, wobei kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die hier herrschende Nation trotz aller gegenteiligen Versicherungen aus jüngster Zeit darauf ausgehen wird, die ihr untergeordneten Nationen ihrer Volkskraft mit allen Mitteln zu berauben.

Freilich ist anzunehmen, daß hierzu auf die Dauer nicht die in den letzten Monaten gebrauchten brutalen Methoden der Gewalt in Anwendung gebracht werden, sondern man wird dieses Ziel unter einer modernen sozialen Maske anstreben, um es um so unauffälliger erreichen zu können. Insbesondere werden es die in deutschen Händen befindlichen Unternehmungen und die deutsche Scholle sein, welche im Wege der Sozialisierung, Bodenreform und Anjiedlung von Kriegsteilnehmern der nationalen Eroberungsjucht willkommen sein werden. Die Scholle aber ist die Urkraft jeglichen Völkerbundes. Sie deutsch zu erhalten ist unsere oberste Pflicht. Gewiß, auch wir wissen, daß die jetzige Wirtschaftsordnung einer Aenderung bedarf, wir werden aber diese nicht als Deckmantel für imperialistische Pläne mißbrauchen lassen.

Der Inhalt der bisher festgelegten Friedensbedingungen ist bisher noch nicht bekannt, es wäre daher verfrüht, ihn zu besprechen. In rein formeller Beziehung jedoch wollen wir feststellen, daß wir ihm konstitutive Bedeutung beilegen und daß wir die Zeit der Besetzung Deutschböhmens durch die czechischen Truppen nicht anders als nach der Haager Konvention beurteilen können. Wir müssen daher unter allen Umständen auf eine ordnungsmäßige Liquidierung jener Angelegenheiten dringen, welche die Zeit bis zum Friedensschlusse ausfüllen und im Vertrauen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker getroffen worden sind. Unter diese Angelegenheit fällt auch die Sicherstellung der durch den Umsturz der Verhältnisse getroffenen Beamten und ehemaligen Heeresangehörigen, die sorglos zu stellen wir als Pflicht betrachten, insofern sie sich zu uns und ihrem Volke bekannt haben. Für Frankreich und England ist der Zweck des Krieges erfüllt, die Menschheit hat ihn verloren, das deutsche Volk aber und Deutschböhmen werden bestehen, sofern sie nicht gewillt sind, sich selbst aufzugeben. Damit, meine Herren, lassen Sie mich von Ihnen Abschied nehmen.

Die Rede des Landeshauptmannes Dr. Lodgman wurde von der Beamtenschaft mit lauter Zustimmung aufgenommen. Ihre Sprecher betonten, daß heute ganz Deutschböhmen geschlossen unter seinem Landeshauptmann stehe, in der festen Ueberzeugung, daß seine bewährte politische Kraft Deutschböhmen zu seinem Selbstbestimmungsrechte verhelfen und daß es der Beamtenschaft der Landesregierung schon in naher Zeit vergönnt sein werde, Dr. Lodgman wieder als Chef der selbständigen Verwaltung Deutschböhmens begrüßen zu können.

### Die Anschließung in Linz.

Linz, 11. Mai.

Mitten im Wahlkampf zu den in acht Tagen bevorstehenden Landtagswahlen haben sich heute alle drei politischen Parteien des Landes einmütig zusammengefunden, um in einer von mehreren Tausenden besuchten Massenversammlung gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die Entente und für das Selbstbestimmungsrecht, beziehungsweise für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland einzutreten.